

Antrag an das
Vorarlberger Wirtschaftsparlament
v. 15.11.2022

Feldkirch, 04.11.2022

Antrag an das Vorarlberger Wirtschaftsparlament am 15.11.2022

Unbürokratische und wirksame Energiepreisbremse für KMU durchsetzen

Wirtschaft und Gesellschaft sind seit dem Ausbruch des Ukrainekriegs mit der größten Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg konfrontiert. Nach mehr als zwei Jahren Corona-Pandemie werden viele der ohnehin schon wirtschaftlich geschwächten Betriebe durch eine noch nie dagewesene Kostenexplosion bei der Energie weiter geschwächt. Die Betriebe sind mit einer Verdoppelung, Verdreifachung bis hin zur Verzehnfachung der Kosten für Strom, Gas, Fernwärme und weiterer Energieträger konfrontiert. Die Treibstoffpreise haben ebenfalls einen Höchststand erreicht.

Nachdem eine europaweite, gemeinsame Lösung für die Entkoppelung des Strompreises vom Gaspreis ("merit order") nicht von der Stelle kommt und die Bundesrepublik Deutschland einen Alleingang mit Energiepreisbremsen im Ausmaß von insgesamt 200 Mrd. Euro angekündigt hat, steht auch Österreich unter massivem Zugzwang. Die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland, unserem wichtigsten Absatzmarkt außerhalb Österreichs, steht auf dem Spiel. Die österreichischen Jeder Wettbewerbs-nachteil kostet abertausende Arbeitsplätze und bedroht die Existenz zahlreicher Betriebe.

Nach dem Vorbild Deutschlands benötigen die österreichischen Betriebe eine Energiepreisbremse und - so wie in Deutschland - den Planungshorizont bis weit in das Jahr 2024 sichert. Der bisher in Österreich eingeführte Energiekostenzuschuss ist ein zeitlich stark begrenztes Instrument, das nur eine bestimmte Anzahl von Betrieben unterstützt und bei weitem nicht die Wirksamkeit wie das deutsche Modell hat.

Die österreichischen Unternehmen benötigen eine bessere Planbarkeit durch eine unbürokratische und rasch wirksame Entlastungsmaßnahme in Form einer Energiepreisbremse, damit ein verantwortliches Wirtschaften überhaupt möglich ist.

Vor diesem Hintergrund wird der Antrag gestellt:

ANTRAG

Die WKÖ und die Vorarlberger Landesregierung werden aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass eine unbürokratische und wirksame Energiepreisbremse ab 1.1.2023 eingeführt wird, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Existenz der Betriebe samt ihrer Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern.

Präsident KommR Wilfried Hopfner



Vizepräsident Ing. Eduard Fischer

Vizepräsidentin Mag. Petra Kreuzer

Vizepräsident Dr. Stefan Hagen